

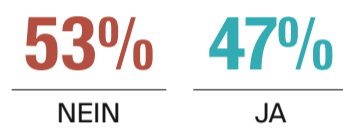
Stimmvolk lehnt Stans West knapp ab

Die Nidwaldner Stimmbevölkerung ist gegen die 18,8 Millionen Franken teure Entlastungsstrasse im Westen von Stans.

Matthias Piazza

Mit einem Nein-Anteil von 52,7 Prozent (7466 Nein zu 6700 Ja) lehnten die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner gestern den Kredit über 18,8 Millionen Franken ab. Mit Ausnahme von Ennetmoos (714 Ja, 335 Nein) und Wolfenschiessen (310 Ja, 303 Nein) verwarfen alle Nidwaldner Gemeinden das Projekt. Die Stimmbeteiligung lag bei 46 Prozent.

Stans West



Stimmbeteiligung: 46%

«Wir akzeptieren diesen Entscheid. Für die Bevölkerung waren bei diesem Projekt offenbar noch zu viele Fragen offen», kommentierte Baudirektorin Therese Rotzer an einer Medienorientierung das Abstimmungsresultat.

Die rund ein Kilometer lange Strasse hätte eine schnelle Verbindung zwischen Ennetmoos und der Autobahnausfahrt Stans-Nord dargestellt und so das Zentrum von Stans vom Verkehr entlastet. Der Regierungsrat und eine Mehrheit des Landrates hatten die Vorlage zur Annahme empfohlen.

Runder Tisch anberaumt

Der Stanser Gemeinderat stimmte dem Projekt knapp zu, forderte jedoch öffentlich, dass vor dem Bau der Strasse flankierende Massnahmen und der Austausch von Gemeinde- und Kantonsstrassen geprüft werden. Die Gegner haben den Nutzen der Strasse angezweifelt, wenn die flankierenden Massnahmen



Landammann Joe Christen und Baudirektorin Therese Rotzer an der Medienorientierung zur Abstimmung über Stans West.

Bild: Urs Hanhart (Stans, 27. November 2022)

Abstimmungsergebnisse nach Gemeinden

	Ja	Nein
Beckenried	369	607
Buochs	716	812
Dallenwil	302	333
Emmetten	146	210
Ennetbürgen	739	776
Ennetmoos	714	335
Hergiswil	696	729
Oberdorf	481	661
Stans	1516	1719
Stansstad	711	981
Wolfenschiessen	310	303
Total	6700	7466

Stimmbeteiligung: 46 Prozent

Quelle: Kanton Nidwalden

nicht Bestandteil des Projektes sind, und sich für eine Gegenüberstellung mit einer anderen Linienführung ausgesprochen.

«Bevor ein neues Projekt lanciert wird, sind die offenen Fragen zu den flankierenden Massnahmen und einem allfälligen Abtausch von Kantons- und Gemeindestrassen zu klären. Dies wären wir bei einem Ja in einem zweiten Schritt angegangen», so Therese Rotzer. Daher beabsichtige der Kanton, den Stanser Gemeinderat und die im Landrat vertretenen Parteien zu einem runden Tisch einzuladen.

Alexander Huser, Präsident Grüne, und Mitglied des über-

parteilichen Nein-Komitees, dem sich verschiedene Personen aus der Nidwaldner Bevölkerung, Verbände und Vertretende aus der FDP, der Mitte, der GLP, der SP und den Grünen angeschlossen hatten, sprach von einem Denkkzettel für Regierung und Landrat. «Es ist nicht ein Nein gegen die Strasse, aber ein Nein gegen dieses Projekt.» Die Regierung habe ein Projekt mit vielen offenen Fragen an die Urne gebracht, vergessen, die zugehörigen Dörfer und Räume mit einzubeziehen.

Gefordert sei ein Projekt, das sorgsam mit den Landwirtschaftsressourcen umgehe und

das Dorf Stans vom motorisierten Verkehr entlaste. «Erfreut, aber nicht in Jubelpose» nehme die GLP das Ergebnis zur Kenntnis, meinte Co-Präsident und Buochser Landrat Matthias Christen. «Das Resultat ist aus unserer Sicht auch ein Auftrag, dass es Lösungen braucht. Darum begrüßen wir auch den runden Tisch.»

Der Stanser Landrat Daniel Niederberger äusserte sich im Namen der SP ebenfalls erfreut zur Ablehnung. «Das Projekt war von Anfang an schlecht aufgelegt, ohne flankierende Massnahmen, die zwingend dazugehören.»

Konkrete und tragbare Lösungen erwartet

Mario Röthlisberger, Präsident der Mitte Nidwalden und Ennetbürger Landrat, bedauerte, dass Regierungs- und Landrat die Bevölkerung nicht von der Vorlage hätten überzeugen können. «Für die Mitte Nidwalden war es klar, dass diese Strasse die dringend benötigte Entlastung gebracht hätte. Wir erwarten nun von linker Seite und der FDP konkrete und tragbare Vorschläge, um Stans vom Verkehr zu entlasten.»

Mit Bedauern nähme die SVP das knappe Resultat zur Kenntnis, meinte Kantonalpräsident Roland Blättler. Für die SVP-Landratsfraktion sei dies eine herbe Enttäuschung, zumal sie das Projekt massgeblich vorangetrieben habe.

Für FDP-Präsident Raphael Bodenmüller widerspiegelt das knappe Resultat die Haltung der FDP, die das Thema im Vorfeld sehr kontrovers diskutiert habe. Das Fehlen flankierender Massnahmen, der Landverbrauch, der in keinem Verhältnis stehe, habe viele aufgeschreckt. «In der heutigen Zeit werden intelligente Verkehrskonzepte erwartet und nicht eine Strasse, die wie zu Napoleons Zeiten mit dem Lineal geplant wurde.»

Auch Stansstad macht sich auf den Weg zur Einheitsgemeinde

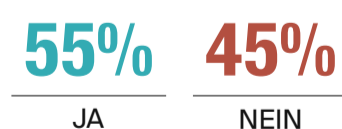
Gemeinde- und Schulrat arbeiten eine Gemeindeordnung aus, die keine Schulgemeinde mehr vorsieht. Weitere Hürden stehen bevor.

Matthias Piazza

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 55,1 Prozent (908 Ja zu 739 Nein) geben die Stansstaderinnen und Stansstader dem Gemeinde- und Schulrat den Auftrag, eine neue Gemeindeordnung auszuarbeiten. Diese kennt keine Schulgemeinde mehr.

Angestossen hatten die Abstimmung vom Sonntag die beiden Stansstader Bürger Klaus Imfeld und Urs Matter, die bei der Gemeinde Ende August den Antrag eingereicht hatten, die beiden Körperschaften zusammenzulegen. Entsprechend erfreut zeigte sich auf Anfrage Klaus Imfeld. «Sachargumente konnten sich gegen emotionale Befindlichkeiten durchsetzen», erklärte er sich die aus seiner

Abstimmungstitel



Stimmbeteiligung: 50%

Sicht deutliche Zustimmung. Wenn neben Gemeinde- und Schulrat auch die Ortsparteien konstruktiv und lösungsorientiert mitarbeiten, sei der Weg für eine Einheitsgemeinde gebnet.

Hohe Stimmbeteiligung dank Stans West

«Das ist ein klares Bekenntnis zur Einheitsgemeinde und ein Zeichen, dass die Zeit reif dafür

ist», freute sich Gemeindepräsident Beat Plüss. «Die Mehrheit der Bevölkerung hat erkannt, dass es keinen Sinn machen würde, am Schluss als einzige Gemeinde im Kanton eine Schulgemeinde zu führen.» Denn auch Oberdorf will sich auf den Weg zur Einheitsgemeinde machen, wie Gemeinde- und Schulrat an der Gemeindeversammlung vom vergangenen Mittwoch bekräftigten.

Die hohe Stimmbeteiligung von 50,1 Prozent erklärt er sich mit der hohen Mobilisierung nicht nur wegen der kommunalen Abstimmung, sondern auch wegen der kantonalen Vorlage zur Entlastungsstrasse Stans West.

Enttäuscht über das Ergebnis zeigte sich Ursula König,

Präsidentin des Schulrates, die sich für den Beibehalt der Schulgemeinde ausspricht, im Gegensatz zum Gemeinderat. «Warum ein System ändern, das sich in Stansstad bewährt hat? Wir erkennen bei einer Zusammenlegung keine Vorteile für die Schule.» Aber selbstverständlich respektiere der Schulrat den Volkswillen und erarbeite zusammen mit dem Gemeinderat eine neue Gemeindeordnung.

Gemeindeordnung kommt nochmals an die Urne

Es ist der zweite Anlauf. Im Mai 2013 hatte das Stimmvolk eine neue Gemeindeordnung an der Urne mit 55,4 Prozent abgelehnt. Vorausgegangen war ein kontroverser Abstimmungskampf. Der Entwurf der neuen

Gemeindeordnung wird dann an der Gemeindeversammlung beraten und kommt als bereinigte Fassung nochmals an die Urne. Bei einer erneuten Zustimmung wäre die Schulgemeinde auch in Stansstad Geschichte, wie auch schon in den meisten Nidwaldner Gemeinden mit Ausnahme von Oberdorf, Wolfenschiessen und Emmetten wechseln zu Beginn des nächsten Jahres zur Einheitsgemeinde.

An die Stelle des Schulrates würden der Gemeinderat und eine Schulkommission treten. Der Gemeinderat würde alle Aufgaben des Schulrates übernehmen, soweit diese nicht durch die Gemeindeordnung der Schulkommission übertragen werden. Das für die Schule zuständige Mitglied des Ge-

meinderates würde die Schulkommission präsidieren.

Gemeinderat würde neu Schulbudget festlegen

Für die Schule würde ein neues Departement innerhalb des Gemeinderates geschaffen, die Schulverwaltung würde teilweise in die Gemeindeverwaltung integriert. Der Gemeinderat würde neu die Gesamtverantwortung für das Schulwesen der Gemeinde tragen und müsste sich damit auch vermehrt mit den Anliegen der Schule auseinandersetzen. Sein direkter Einfluss wurde sich aber weitgehend darauf beschränken, ein auf den Leistungsauftrag der Schule bezogenes Budget festzulegen und die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb zu schaffen.